



20.09.2011 – 16:34 Uhr

pafl: Wichtige Weichenstellungen zu Schulbauten vorgenommen

Vaduz (ots/pafl) -

An ihrer Sitzung vom 20. September 2011 hat die Regierung beschlossen, den Bau eines Schulzentrums Unterland II auf Grund von veränderten Ausgangsbedingungen um fünf Jahre zurückzustellen. Dann soll eine Neubewertung der Situation vorgenommen werden. Gleichzeitig hat die Regierung Hochbauamt und Schulamt beauftragt, zwecks Realisierung einer notwendigen baulichen Erweiterung am Liechtensteinischen Gymnasium einen entsprechenden Bericht und Antrag an den Landtag für die Landtagssitzung im November dieses Jahres vorzubereiten.

Bereits seit längerer Zeit beschäftigt sich die Regierung mit verschiedenen offenen Fragen im Themenbereich "Schulbauten". Der Landtag wurde im Rahmen des Hochbautenberichts im November 2010 ausführlich über die verschiedenen Fragestellungen informiert. Nachdem nun die Resultate verschiedener Abklärungen vorliegen und vor allem auch die Frage nach der zukünftigen Ausgestaltung der Sekundarstufe I geklärt ist, konnte die Regierung entsprechende Entscheide fällen.

SZU II wird zurückgestellt, Realschule St. Elisabeth soll saniert werden

Direkt im Anschluss an die Volksabstimmung zu SPES I hatte die Regierung beschlossen, mit definitiven Beschlüssen zur Schulraumplanung zuzuwarten, bis die inhaltliche Ausgestaltung der Sekundarstufe I geklärt ist. Da der bestehende Mietvertrag für die Realschule St. Elisabeth (inkl. Sportschule) in Schaan im Jahre 2015 ausläuft, hat die Regierung parallel zur Klärung der bildungsinhaltlichen Fragen einerseits mit der Gemeinde Schaan und andererseits mit der Eigentümerin der Realschule St. Elisabeth Kontakt aufgenommen, um die Frage der künftigen Nutzung zu klären. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass sowohl die Gemeinde Schaan als auch die Eigentümerin der Schulliegenschaft grosses Interesse am Erhalt des heutigen Standorts zeigen. Die Eigentümerschaft hat zugesichert, die notwendige Renovation des Schulgebäudes bei gleich bleibenden Mietkonditionen selbst zu finanzieren und damit eine Weiternutzung der Schule durch das Land für mindestens 10 Jahre zu garantieren.

Zukunft Sekundarstufe I geklärt

Nachdem sich im Juni-Landtag auch eine klare Richtung für die zukünftige Ausgestaltung der Sekundarstufe I abzeichnete, lagen die wichtigsten Entscheidungsgrundlagen vor. Neben diesen bildungs- und baupolitischen Überlegungen spielten bei der Diskussion der Regierung auch finanz- und gesellschaftspolitische Überlegungen eine wichtige Rolle. Einerseits sind die Schülerzahlen rückläufig, mit dem bestehenden System eine neue Schule zu bauen, wäre kaum verantwortbar. Andererseits ist die finanzielle Ausgangslage des Staates eine völlig andere als dies noch zum Zeitpunkt der Beschlussfassung im Landtag der Fall war.

Die Regierung stellt aus all diesen Überlegungen den Bau des SZU II um fünf Jahre zurück, das Kloster St. Elisabeth soll saniert werden. Es sind verschiedene Sanierungsvarianten in Verhandlung mit der Eigentümerschaft zu prüfen.

An der gleichen Sitzung beschloss die Regierung zudem, der engen räumlichen Situation am Liechtensteinischen Gymnasium Abhilfe zu schaffen. Hochbauamt und Schulamt wurden beauftragt, einen Bericht und Antrag zu Händen des Landtags vorzubereiten, welcher eine Gesamterweiterung (Abbruch und Neubau Internatstrakt) im Volumen von CHF 24 Millionen zum Inhalt hat. Dieser Bericht und Antrag soll dem Landtag im Hinblick auf die Landtagssitzung vom November dieses Jahres unterbreitet werden.

Kontakt:

Simon Biedermann, Ressortsekretär
+423 236 7668
simon.biedermann@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100704206> abgerufen werden.